

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

30. Mai – 05. Juni 2026

Beim diesjährigen Investitionsgipfel „Choose France“ in Versailles wurden 71 neue Investitionsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 93 Milliarden Euro und mehr als 15.600 angekündigten Arbeitsplätzen vorgestellt. Präsident Emmanuel Macron wertete die Zusagen als Beleg für die hohe Attraktivität des Standorts Frankreich und für die Erfolge seiner wirtschaftspolitischen Reformen. Im Mittelpunkt standen Investitionen in Künstliche Intelligenz und Rechenzentren. Besonders hervorzuheben sind die Ankündigungen des japanischen Konzerns SoftBank mit Investitionen von 45 Milliarden Euro in mehrere KI-Rechenzentren sowie weitere Großprojekte von Brookfield, Nebius und dem Campus-AI-Konsortium um Mistral AI und NVIDIA. Macron betonte dabei den Vorteil Frankreichs durch seine weitgehend CO₂-freie Stromerzeugung und den geplanten Ausbau der Kernenergie. Neben dem Digitalsektor wurden auch bedeutende Investitionen in Pharma, Industrie, Halbleiter, Logistik und Energiewende angekündigt. Unternehmen wie Boehringer Ingelheim, Amazon und Foxconn planen neue Projekte in verschiedenen Regionen des Landes. Macron kündigte zudem weitere Maßnahmen zur Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und zur Beschleunigung von Investitionsprojekten an, um Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit weiter zu stärken.

Drei Wochen nach seiner Amtseinführung reiste der neue ungarische Ministerpräsident Péter Magyar am 3. Juni nach Paris, wo er im Élysée-Palast von Präsident Emmanuel Macron empfangen wurde. Der Besuch stand im Zeichen eines Neuanfangs in den französisch-ungarischen Beziehungen nach sechzehn Jahren Regierungszeit von Viktor Orbán. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Verteidigung und Europapolitik. Zudem lud Magyar Emmanuel Macron zu den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des ungarischen Volksaufstands von 1956 am 23. Oktober nach Budapest ein.

Der französische Generalstabschef Fabien Mandon hat vor einer möglichen militärischen Schwächung Frankreichs gewarnt. Trotz steigender Verteidigungsausgaben seien die Streitkräfte und insbesondere die Rüstungsindustrie noch nicht ausreichend auf die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen vorbereitet. Mandon kritisierte, dass Frankreich zwar technologisch hochwertige Waffen entwickle, diese jedoch zu langsam und zu teuer produziere, insbesondere im Bereich der Drohnen. Zudem warnte er vor einem wachsenden Abstand zu Deutschland, das seine Verteidigungsausgaben deutlich schneller erhöht. Sollte dieser Trend anhalten, könnte Deutschland innerhalb weniger Jahre zur führenden Militärmacht Europas aufsteigen. Mandon fordert daher eine schnellere industrielle Produktion sowie eine engere europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich.

Die frühere Chefin des russischen Staatssenders RT France und heute unverzichtbare Stimme in den Medien des ultrakonservativen Milliardärs Vincent Bolloré, Xenia Fedorova, steht in Frankreich erneut in der Kritik, nachdem bekannt wurde, dass ihr 2024 eine zehnjährige Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde. Präsident Emmanuel Macron bezeichnete sie als bekannte Vertreterin der Kreml-Propaganda und erinnerte daran, dass er RT bereits 2017 als „staatliches Propagandainstrument“ bezeichnet hatte. Zugleich betonte er, dass die Erteilung von Aufenthaltstiteln rechtsstaatlichen Verfahren folge und nicht politisch entschieden werde. Innenminister Laurent Nuñez wies Vorwürfe einer politischen Einflussnahme zurück. Die Aufenthaltsgenehmigung sei nach den geltenden Verwaltungsregeln automatisch erteilt worden. Die Affäre hat dennoch eine Debatte über den Umgang mit russischen Propagandisten in Frankreich ausgelöst. Außenminister Jean-Noël Barrot bezeichnete Fedorova als „erwiesene Propagandistin“ und Sprachrohr der Desinformation des Kremls.

Bei seinem Besuch in Montenegro hat Emmanuel Macron das Land dazu aufgerufen, seine Reformen fortzusetzen, um den Beitritt zur Europäischen Union erfolgreich abzuschließen. Er lobte die bemerkenswerten Fortschritte der vergangenen zwei Jahre und versprach die Unterstützung Frankreichs und der EU auf dem weiteren Weg. Montenegro gilt als der am weitesten fortgeschrittene EU-Beitrittskandidat auf dem Westbalkan. Das Land hofft, die Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr abzuschließen und 2028 der EU beizutreten. Zudem bekräftigten Frankreich und Deutschland ihren Wunsch, dem EU-Erweiterungsprozess neuen Schwung zu verleihen. Macron hob außerdem die wachsende Zusammenarbeit mit Montenegro hervor, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Infrastruktur und Energiewende. Dabei wurde unter anderem ein Vertrag über den Bau eines Universitätsklinikums in Podgorica unterzeichnet.

Die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld in Frankreich wurden seit 2017 schrittweise verschärft. Eine neue Reform, die voraussichtlich im Herbst 2026 in Kraft tritt, sieht vor, die Bezugsdauer für Personen nach einer einvernehmlichen Vertragsauflösung („rupture conventionnelle“) von 18 auf 15 Monate zu verkürzen. Diese Maßnahme reiht sich in eine Serie von Reformen unter Präsident Emmanuel Macron ein, die den Zugang zur Arbeitslosenversicherung eingeschränkt, die Anspruchsdauer verkürzt und die Leistungen teilweise reduziert haben. Zu den wichtigsten Änderungen zählen strengere Voraussetzungen für den Leistungsbezug, härtere Sanktionen bei Pflichtverletzungen, eine Kürzung der Bezugsdauer bei günstiger Arbeitsmarktlage sowie die Abschaffung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld in bestimmten Fällen, etwa nach Arbeitsplatzaufgabe oder nach mehrfacher Ablehnung eines unbefristeten Arbeitsvertrags.

Der Fall Lyhanna erschüttert derzeit Frankreich und löst landesweit Debatte über den Umgang der Justiz mit Sexualstraftaten gegen Minderjährige. Das elfjährige Mädchen Lyhanna verschwand am 29. Mai im Département Gers; wenige Tage später wurde die Leiche eines Kindes gefunden, das nach ersten Erkenntnissen Lyhanna sein könnte. Hauptverdächtig ist ein 41-jähriger Mann aus dem Umfeld der Familie, gegen den bereits mehrfach wegen mutmaßlicher sexualisierter Gewalt gegen Minderjährige ermittelt worden war. Im Zentrum der Debatte stehen mögliche Justizversäumnisse: Gegen den Verdächtigen lagen seit Jahren mehrere Hinweise, Anzeigen und Vergewaltigungsvorwürfe vor, ohne dass er jemals vernommen worden war. Die Regierung spricht inzwischen von einem „kollektiven Versagen“. Premierminister Sébastien Lecornu hat deshalb Innenminister Laurent Nuñez und Justizminister Gérald Darmanin zu einer Krisensitzung in Matignon einbestellt, um die bisherigen Erkenntnisse auszuwerten und mögliche Fehlfunktionen der Justiz- und Sicherheitsbehörden zu untersuchen. Parallel dazu wurde eine administrative Untersuchung zu möglichen Justizversäumnissen eingeleitet.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Die französische Nationalversammlung hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Grünen zur Verringerung der Cadmiumbelastung verabschiedet. Das als krebserregend, erbgutschädigend und fortpflanzungsgefährdend eingestufte Schwermetall gelangt vor allem über phosphathaltige Düngemittel in landwirtschaftliche Böden und damit in die Nahrungskette. Wissenschaftler warnen seit Jahren, dass die französische Bevölkerung im europäischen Vergleich besonders stark Cadmium ausgesetzt ist. Der mit breiter Mehrheit angenommene Text sieht eine schnellere Senkung der zulässigen Cadmiumwerte in Düngemitteln vor als von der Regierung geplant. Unterstützt wurde das Vorhaben von den linken Parteien sowie den Fraktionen von Präsident Emmanuel Macron. Dagegen stimmten vor allem das Rassemblement National und einzelne konservative Abgeordnete. Der Gesetzentwurf wird nun im Senat beraten, wo die konservative Mehrheit die Vorgaben noch abschwächen könnte.

DIE ZAHL DER WOCHE

3									
5	0								
7	4	2	8	4					
9	8	2	0	1	6	2			

7 Millionen

Soll Paris zur Millionenmetropole mit mehr als sieben Millionen Einwohnern werden?

Der französische Hochkommissar für Strategie und Planung, Clément Beaune, hat eine weitreichende Reform der Hauptstadtregion vorgeschlagen. Sein Plan sieht vor, die Stadt Paris mit ihren rund zwei Millionen Einwohnern mit 130 umliegenden Vorortgemeinden zu einer einzigen Großstadt zusammenzulegen. Im Falle einer Umsetzung würde die neue Metropole mehr als sieben Millionen Einwohner zählen. Gleichzeitig würden die Départements Hauts-de-Seine, Seine-Saint-Denis und Val-de-Marne (92, 93 und 94) sowie die bisherigen kommunalen Strukturen weitgehend verschwinden. Nach Ansicht Beaunes könnte eine solche Reform die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Paris und seinen Vororten verringern und der französischen Hauptstadt international mehr Gewicht und Sichtbarkeit verleihen. Der Vorschlag befindet sich allerdings noch in einem sehr frühen Stadium. Die Stadtgrenzen von Paris wurden zuletzt 1859 grundlegend verändert, als die heutigen 20 Arrondissements geschaffen wurden.